

Polen

Kai-Olaf Lang

Polens Europapolitik war 2008/2009 gekennzeichnet durch eine Mischung aus selbstbewusster Interessenpolitik und Pragmatismus. Die von Donald Tusk geführte Regierung der rechten Mitte setzte ihren in der Tendenz Europa-freundlichen Kurs fort und konnte insbesondere durch die Fähigkeit, Themenkoalitionen zu schmieden, einige für das Land bedeutende Erfolge erringen. Dazu gehört etwa die erfolgreiche Lancierung der von Polen mitinitiierten Östlichen Partnerschaft, eines neuen Rahmens zur Vertiefung der Kooperation der EU mit ihren östlichen Nachbarn. Gleichzeitig sammelte Polen die Mitgliedstaaten aus Ostmittel- und Südosteuropa um sich: im Herbst 2008, als es darum ging, günstige Konditionen im Rahmen des EU-Klimapakets zu erstreiten, und im März 2009, als man unmittelbar vor dem Frühjahrstreffen der EU-Staats- und Regierungschefs einen Minigipfel von neun Ländern organisierte, der sich angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise angeblich drohendem Protektionismus entgegenstellen sollte.

Die proeuropäische Linie, die Verbesserung des Verhältnisses zu Deutschland, aber auch eine neue Sachlichkeit im Umgang mit Russland werden in der polnischen Öffentlichkeit mehrheitlich unterstützt. Dennoch gerät die Regierung gerade über diese Themen immer wieder in Konflikt mit der führenden Kraft der Opposition, der national-konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) und dem mit dieser verbundenen Staatspräsidenten Lech Kaczyński.

Lissabon-Vertrag: Ratifizierung ...

Nach dem gescheiterten irischen Referendum vom Sommer 2008 hatte Staatspräsident Lech Kaczyński mehrfach erklärt, er werde die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags nicht verhindern, jedoch sei ein positives Votum der irischen Stimmbürger in einem zweiten Referendum Voraussetzung für seine Unterschrift unter das Dokument. Die Regierung in Warschau hätte es hingegen vorgezogen, wenn Polen unabhängig von der Situation in Irland die Ratifizierung vollendet hätte – Sejm und Senat, die beiden Kammern des polnischen Parlaments, hatten ihre Zustimmung zum Vertrag bereits Anfang 2008 erteilt. In diesem Sinne verabschiedete der Sejm mit den Stimmen der Regierungsparteien und der oppositionellen Linken Ende Januar 2009 eine Resolution, die den Staatspräsidenten dazu aufrief, das Verfahren unverzüglich zu finalisieren.¹ Seitens der Präsidialkanzlei wurde dem entgegengehalten, dass man keinen Druck auf Irland ausüben wolle, da auch Polen sich einmal in einer ähnlichen Lage wiederfinden könnte.² Nach der neuerlichen irischen Abstimmung machte Kaczyński seine Ankündigung wahr und unterschrieb – in Anwesenheit des schwedischen Ministerpräsidenten und Ratsvorsitzenden Reinfeldt, des Präsidenten des Europäischen Parlaments Buzek und von Kommissionspräsident Barroso – am 10. Oktober 2009 den Lissabon-Vertrag.

1 Rezolucja Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 23 stycznia 2009 r. w sprawie jak najszybszego ratyfikowania Traktatu z Lizbony, www.sejm.gov.pl.

2 Andrzej Duda: rezolucja nie zmieni stanowiska Prezydenta ws. Traktatu Lizbonskiego, Information der Präsidialkanzlei vom 22.1.2009, www.prezydent.pl.

Dabei betonte er, dass das Dokument nicht zuletzt deswegen für Polen günstig sei, weil die damalige polnische Regierung Zugeständnisse für Warschau ausgehandelt habe.³

... und Implementation

Die Implementation der im Lissabon-Vertrag angestrebten Neuerungen beschäftigte sowohl Exekutive wie Legislative. Polens Regierung präsentierte im Herbst 2009 ihre Vorschläge darüber, wie die Institutionen des Präsidenten des Europäischen Rates, des Allgemeinen Rats, des Hohen Vertreters für die GASP bzw. des Europäischen Auswärtigen Dienstes ausgestaltet werden sollten.⁴ Obwohl Polen traditionell für eine starke europäische Außenpolitik eintritt, wurde in diesem Zusammenhang die Rolle der Mitgliedstaaten bei der Formulierung und Umsetzung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU sowie des künftigen Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) unterstrichen.⁵

Deutlich wurde bereits jetzt, dass sich die polnische Regierung für eine auch in Zukunft markante Rolle der rotierenden Ratspräsidentschaft einsetzt. Forderungen wie die nach einer engen Abstimmung des ER-Präsidenten mit dem Ratsvorsitz oder die Aussage, man wolle für diese Position vor allem einen „guten und effektiven Moderator der Diskussionen in der EU“ (so der Europastaatssekretär Dowgielewicz) deuten darauf hin, dass Polen befürchtet, während seiner Präsidentschaft in der zweiten Hälfte 2011 nicht ausreichend politische Akzente setzen zu können.⁶

In der Gesetzgebung ergaben sich Spannungen zwischen Regierung und Opposition bzw. Staatspräsidenten im Zusammenhang mit der europapolitischen Entscheidungsfindung. Nach ständigem Kompetenzgerangel im Bereich der Außen- und Europapolitik (etwa der Frage, ob Premierminister oder Staatspräsident an EU-Gipfeln teilnehmen sollen) rief der Regierungschef das polnische Verfassungsgericht an. Dieses präzisierte das verfassungsmäßig vorgegebene Gebot des Zusammenwirkens beider Seiten.⁷ Die Regierung erhoffte sich dadurch auch Klarheit für das so genannte Kompetenzgesetz, das die Zusammenarbeit der Staatsorgane in der Europapolitik insbesondere mit Blick auf den Lissabon-Vertrag neu regeln soll. Während die Regierungsseite die Annahme eines diesbezüglichen Entwurfs forcierte, wollte die PiS im Herbst 2009 ein eigenes Projekt einbringen, das u.a. die Konsultationsrechte des Parlaments ausbauen soll.⁸

Europawahlen

Die Wahlen zum Europäischen Parlament galten in Polen vor allem als erster großer innenpolitischer Test für die Regierung Tusk seit ihrem Amtsantritt im Herbst 2007. Die oppositionelle PiS versuchte daher, gegenüber der in den Meinungsumfragen klar führenden Bürgerplattform (PO) durch einen stark polarisierenden Wahlkampf Terrain zu gewinnen. Die

3 Prezydent podpisał traktat, in: Rzeczpospolita, 12.10.2009.

4 Implementacja traktatu lizbonskiego, Polski non-paper, Warschau, 19.10.2009, www.ukie.gov.pl.

5 Was von Experten, aber auch dem der Regierungspartei PO angehörenden Europaabgeordneten Saryusz-Wolski kritisiert wurde, vgl. Rzad walczy o miejsca dla przedstawicieli Polski w nowej dyplomacji UE, in: Rzeczpospolita, 21.10.2009.

6 Polska szuka poparcia, in: Rzeczpospolita, 23.10.2009.

7 So darf etwa der Präsident an ER-Treffen teilnehmen, doch die Regierung legt die inhaltlichen Positionen fest. Vgl. die Pressemitteilung des Gerichts vom 20.5.2009: Komunikat prasowy po rozprawie dotyczącej sporu kompetencyjnego w sprawie określenia centralnego konstytucyjnego organu państwa, który uprawniony jest do reprezentowania Rzeczypospolitej Polskiej w posiedzeniach Rady Europejskiej, http://www.trybunal.gov.pl/Rozprawy/2009/kpt_02_08.htm.

8 PiS: ustawa dot. kompetencji parlamentu w przyszłym tygodniu, in: Gazeta Prawna, 13.10.2009.

Themenpalette umfasste dabei einerseits europapolitische Fragen im engeren Sinne wie etwa den Zeitpunkt der Euro-Einführung oder die seitens der Kommission angezeigte Subventionierungspraxis für polnische Werften. Andererseits bemühte sich die PiS, auch „EU-fremde“ Sachverhalte wie etwa das Handling der Wirtschaftskrise durch die polnische Regierung oder das Vermächtnis der Solidarnosc zu akzentuieren.⁹ Letzteres war besonders sensibel, weil die unmittelbar vor dem EP-Urnengang stattfindenden Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des Jahrestags der ersten (halb-)freien Wahlen während des demokratischen Umbruchs (4. Juni 1989) innenpolitisch umstritten waren. Aus Angst vor Protesten radikaler Gewerkschafter gegen drohende Werftenstilllegungen verlegte die Regierung die offizielle Zeremonie nach Krakau. Staatspräsident Lech Kaczyński hingegen nahm an der Veranstaltung der Gewerkschaften teil. Nicht zuletzt setzte die PiS zum wiederholten Male auf die „deutsche Karte“. Als Reaktion auf einen Wahlkampfaufruf von CDU und CSU, in dem u.a. die internationale Ächtung von Vertreibungen angemahnt wurde, forderte der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński die Bürgerplattform dazu auf, aus der Europäischen Volkspartei (der diese gemeinsam mit den deutschen Christdemokraten angehört) auszutreten und bei der deutschen Bundeskanzlerin zu protestieren. Sollte die PO dies unterlassen, sei dies als Akt der Illoyalität gegenüber Polen zu werten.¹⁰

Der nationalen Rhetorik der PiS setzte die PO das Image einer europaweit vernetzten, strömungspluralen Volkspartei entgegen. Im April etwa fand in Warschau der Kongress der Europäischen Volkspartei statt, wodurch PO und Premier Tusk ihre engen Kontakte zu zahlreichen Spitzenpolitikern aus der gesamten EU unter Beweis stellen konnten. Gleichzeitig unterstrich die Bürgerplattform ihre inhaltliche Breite durch eine Reihe von Personalentscheidungen. So kandidierten sowohl das einst mit der Linken verbundene Kommissionsmitglied Huebner als auch der ehemalige Solidarnosc-Chef und harte Antikommunist Krzaklewski für die Partei.

Das Wahlergebnis gab der PO Recht und bestätigte die Vorrangstellung der Partei. Die Bürgerplattform erhielt mehr als 44% der abgegebenen Stimmen und stellt damit die Hälfte der 50 polnischen EP-Abgeordneten. Auch der Koalitionspartner der PO, die ebenfalls der EVP angehörende Bauernpartei, schaffte den Sprung über die 5%-Hürde. Ein Anteil von 27% für die PiS zeigte, dass es die Partei weiterhin nicht schafft, in die politische Mitte vorzustoßen. Die PiS schloss sich nach den Wahlen der neu gegründeten Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen an. Abgesehen von den konservativen Parteien entsendet lediglich die sozialdemokratische Linksallianz Vertreter in das Europäische Parlament. Dies ist insofern bemerkenswert, als bei den vorausgegangenen Wahlen mehrere, teils radikale Parteien stark abgeschnitten hatten und angesichts einer geringen Wahlbeteiligung (24,5%) Überraschungen durchaus möglich gewesen wären. Offensichtlich begünstigten Faktoren wie die Wirtschaftskrise eine Tendenz zum Bewährten – der auch Projekte wie die polnische Libertas zum Opfer fielen. Deren Liste, die eigentlich ein Sammelbecken für nationalistische und europaskeptische Gruppierungen war, errang nur wenig mehr als einen Stimmenprozent – und das, obwohl die Partei relativ viel Platz in den öffentlichen Medien erhalten hatte und sogar von Ex-Präsident Lech Wałęsa unterstützt worden war.¹¹

9 Vgl. Aleks Szczerbiak, The European Parliament Election in Poland, June 7 2009, European Parliament Election Briefing No 36, European Parties Elections and Referendums Network (EPERN), http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/no_36_epernep2009poland.pdf.

10 PiS dalej strzela w PO z niemieckiego działka, in: *Gazeta Wyborcza*, 27.5.2009.

11 Dieser hatte Reden auf Libertas-Veranstaltungen in Rom und Madrid gehalten, sich aber von den Ansichten der Bewegung und insbesondere deren polnischem Ableger abgegrenzt.

Nachbarschaftspolitik und Östliche Partnerschaft

Polens Hauptanliegen im Bereich der europäischen Außenpolitik war weiterhin die Stärkung der östlichen Flanke der Europäischen Nachbarschaftspolitik, konkret die Lancierung der so genannten Östlichen Partnerschaft (ÖP), eines Programmes zur Aufwertung der Kooperationsbeziehungen mit Ländern Osteuropas und des Südkaukasus, das Polen zusammen mit Schweden im Frühjahr 2008 angestoßen hatte. Der Georgien-Konflikt vom August 2008 hatte – ebenso wie die seitens Frankreichs unternommenen Anstrengungen zur Etablierung der Mittelmeerunion – zu mehr Akzeptanz für die Schaffung eines spezifischen Kooperationsrahmens der EU mit ihren östlichen Nachbarn beigetragen. Gemeinsam mit Schweden und unterstützt von der bevorstehenden tschechischen Ratspräsidentschaft präsentierte Polen im Oktober 2008 ein Papier, in dem die breiteren Ideen der ursprünglichen Initiative konkretisiert wurden. Viele davon wurden von der Kommission in ihrer Mitteilung zur ÖP vom Dezember 2008 berücksichtigt. Polen begrüßte denn auch die noch im Dezember erfolgte Indossierung der Kommissionsvorschläge durch den Europäischen Rat, wenscher man sich eine stärkere Institutionalisierung und mehr Mittel zur finanziellen Unterfütterung des Vorhabens gewünscht hatte. Noch unmittelbar vor dem Eröffnungsgipfel der EU und der ÖP vom 7. Mai 2009 wies Polen zum wiederholten Male auf das Problem des restriktiven Einreiseregimes für die Bürger aus den östlichen Nachbarländern in die EU hin und rief dazu auf, rasch konkrete Projekte im Rahmen der ÖP auf den Weg zu bringen.¹²

Parallel zum Eintreten für die ÖP versucht Polen, die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten der EU auf bilateraler Ebene zu vertiefen. Neu ist die Erwärmung der Beziehungen zu Belarus. Im September 2008 besuchte Außenminister Sikorski das Nachbarland (nachdem es zehn Jahre nicht zu solch einem Treffen gekommen war).¹³ Das traditionell enge Verhältnis zur Ukraine besteht weiter fort und nach wie vor bemüht sich Polen, die Partner in der EU zu mehr Aufmerksamkeit für dieses Land zu bewegen.¹⁴ Dennoch hat insbesondere im polnischen Regierungslager die politische Dauerkrise in Kiew zu einer beachtlichen Ernüchterung geführt. Die Ukraine-Frustration fällt in eine Phase des wachsenden Pragmatismus der polnischen Regierung gegenüber Russland. Ein Zeitungsartikel von Außenminister Sikorski, in dem dieser zumindest mittelbar den Abschied von der „jagiellonischen“ Tradition in der polnischen Ostpolitik skizzierte, also dem aktiven Engagement für die Länder zwischen Polen und Russland, ist für Kritiker Beleg für einen Bruch in der polnischen Außenpolitik.¹⁵

Energie- und Klimapolitik

Weiterhin gehört die Energiepolitik zu einem der vorrangigen Betätigungsfelder der polnischen Europapolitik. Da sich Polen in einer Situation übermäßiger energiewirtschaftlicher und -politischer Abhängigkeit von Russland wähnt, sieht man in der Weiterentwicklung der Energiepolitik der EU und insbesondere des Prinzips der Energiesolidarität wichtige Ansatzpunkte zur Verbesserung der eigenen und der EU-weiten Versorgungssicherheit. Die Warschauer Regierung hat sich daher aktiv in die Diskussion um die Neufassung der 2. Energiesicherheitsstrategie eingebracht. So trat Polen etwa für die Herabsetzung der Schwellenwerte für Lieferausfälle bei der Gasversorgung ein, ab denen in der EU Solidar-

12 Informacja dla Sejmu i Senatu o udziale Rzeczypospolitej Polskiej w pracach Unii Europejskiej w okresie styczeń-czerwiec 2009 roku (podczas Prezydencji czeskiej), 21.8.2009, S. 99, www.sejm.gov.pl.

13 Premier Tusk bezeichnete die Verbesserung der Beziehungen mit Belarus als eine seiner Prioritäten; Tusk: poprawa stosunków z Białorusią priorytetem, Meldung der Nachrichtenagentur PAP, 24.6.2009.

14 Ein Beispiel hierfür war die gemeinsame Reise des polnischen und deutschen Außenministers im Juni 2009.

15 Radosław Sikorski, 1 września – lekcja historii, in: *Gazeta Wyborcza*, 29.8.2009.

maßnahmen greifen sollen. Ebenso mahnte man die obligatorische Einrichtung strategischer Gasreserven oder bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Energieinfrastrukturen durch den EU-Haushalt an. Parallel hierzu machte sich Polen für die Fortentwicklung der europäischen Energieaußenpolitik stark.¹⁶

Aus Sicht der Warschauer Regierung übernahm die Kommission in ihrem diesbezüglichen Vorschlag mehrere polnische Initiativen, wobei man die russisch-ukrainische Gaskrise als Katalysator der EU-internen Diskussionen über Energiesicherheit sah.¹⁷ Polen sei nach dem Konflikt glaubwürdiger;¹⁸ Mitgliedstaaten, die bislang gezögert hätten, seien angesichts der energiepolitischen „Erpressung“ der Ukraine durch Russland auf Polens Linie eingeschwenkt. Allerdings müsse man das „Eisen schmieden, solange es heiß [sei]“ und einen konkreten Zeitplan für die Umsetzung der neuen Energiesicherheitsrichtlinie, die Schaffung eines liberalisierten Energiebinnenmarktes oder den Bau von Systemverbindungen zwischen nationalen Gas- oder Elektrizitätsnetzen beschließen.¹⁹

Widerborstig gab sich Polen beim Festzurren des EU-Klimaschutzpakets, da man angesichts eines Kohle-lastigen Energiesektors immense Kosten auf Industrie und Verbraucher zukommen sah. Die Warschauer Regierung drohte sowohl mit „drastischen Methoden“,²⁰ also der Blockade des Pakets, als auch mit umfangreichen Werksverlagerungen von polnischen Elektrizitätserzeugern nach Belarus oder in die Ukraine. Überdies montierte man eine Koalition von neun Mitgliedsländern aus dem östlichen Europa, die allesamt eine aus ihrer Sicht gerechtere Lastenteilung in der Klimapolitik anmahnten. Bei einem Treffen der Regierungschefs dieser Länder mit dem französischen Präsidenten und Ratsvorsitzenden Sarkozy Anfang Dezember in Danzig wurden bereits erste Zugeständnisse festgelegt, so etwa der auf einem Mindestniveau von 30% anlaufende und bis 2020 gestreckte abgestufte Einstieg in die Vollauktionierung der CO₂-Emissionszertifikate. Auf dem Europäischen Rat am 12. und 13. Dezember 2008 konnte Polen (wie auch andere strukturschwache Länder) überdies die solidarische Umverteilung zusätzlicher Mittel (insgesamt 12%) aus dem Emissionshandel erreichen. Dass damit das Thema des klimapolitischen Lastenausgleichs für Polen nicht beendet sein würde, zeigte sich schon bald darauf. Bei der innereuropäischen Positionsbestimmung zu den Verhandlungen über den weltweiten Klimaschutz pochte Polen darauf, bei der Kostenteilung in der EU die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als Vorrangkriterium heranzuziehen.

Streitfrage Euro-Einführung

Im Herbst 2008 hatte sich die polnische Regierung entschlossen, bei der Einführung des Euro Tempo zu machen. Premier Tusk hatte im September das Jahr 2012 als Zielmarke für die Übernahme der Gemeinschaftswährung festgelegt. Dieses Ansinnen wurde durch eine am 28. Oktober von der Regierung beschlossene Wegskizze bestätigt und konkretisiert. So wurde etwa für Mitte 2009 der Beitritt zum Europäischen Wechselkursmechanismus II (ERM II) anvisiert.²¹ Anfang 2009 wurde im Finanzministerium die Funktion eines Regierungsbeauftragten für die Euro-Einführung geschaffen. Die ambitionierten Regierungspläne

16 Dabei ging es darum, dass Solidarmechanismen nicht erst bei Lieferausfällen von 20% des Gesamtverbrauchs der EU, sondern bereits bei Ausfällen in Höhe von 50% des Konsums einzelner Länder greifen.

17 Kryzys gazowy przyspieszy unijną solidarność. Interview mit dem Staatssekretär für europäische Angelegenheiten Mikołaj Dowgielewicz, in: *Gazeta Wyborcza*, 8.1.2009.

18 Sikorski: Energia „polskim tematem“ w Unii Europejskiej, Meldung der Nachrichtenagentur PAP, 22.1.2009.

19 So Polens Außenminister Sikorski, Sikorski: Nie ma zgody na szantaz energetyczny, Meldung der Nachrichtenagentur PAP, 26.1.2009.

20 Na szczycie UE nowe kraje chcą wyrzucić presję w sprawie klimatu, Meldung der Nachrichtenagentur PAP, 29.10.2009.

wurden insbesondere von der oppositionellen PiS kritisiert. Diese steht einer raschen Einführung des Euro weiterhin kritisch gegenüber und fordert ein diesbezügliches Referendum. Premierminister Tusk wies derlei Überlegungen Ende 2008 zurück, da Polen keine Wahlmöglichkeit habe und es lediglich um den Zeitpunkt der Euro-Übernahme gehen würde. Es sei daher nicht möglich, in dieser Angelegenheit eine sinnvolle Frage für eine Volksabstimmung zu formulieren.²² Die Regierung kann die PiS indes nicht gänzlich ignorieren, da sie die im Vorfeld des Beitritts zur Währungsunion notwendigen Verfassungsänderungen nicht gegen die Opposition durchsetzen kann. Zwar wäre nach Auffassung des Regierungslagers die Mitgliedschaft im ERM II ohne derlei rechtliche Anpassungen möglich, doch will man nicht riskieren, dass das Zieldatum in solch einer Situation durch Obstruktion der PiS oder des Staatspräsidenten hinausgezögert würde oder es zu Kursschwankungen des Zloty käme.²³

Der Euro-Zeitplan der Regierung wurde aber durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ohnehin rasch Makulatur. Hatten Premier Tusk und Finanzminister Rostowski noch bis weit ins Frühjahr 2009 am Datum 2012 festgehalten, rückte man im Sommer hiervon offiziell ab. Begründet wurde diese Entscheidung damit, dass Polen angesichts einer schwächelnden Konjunktur nicht in der Lage sein werde, in der angestrebten Periode die Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Überdies sei ein flexibler Wechselkurs für die polnische Volkswirtschaft in Zeiten der Krise günstiger. Immer wieder wurde dabei auf die Slowakei verwiesen, deren Export angeblich auch aufgrund der Euro-Einführung substantiell eingebrochen sei. Bei alledem wollte sich die Regierung nicht auf ein neues Zieldatum für die Euro-Übernahme festlegen. Erst müsse sich die Lage an den Devisenmärkten beruhigen.²⁴

Schatten der Präsidentschaft

Die für die zweite Jahreshälfte 2011 anstehende polnische Ratspräsidentschaft wirft schon jetzt ihre Schatten voraus. In diesem Zusammenhang wird das u.a. für die europapolitische Koordinierung zuständige Amt des Ausschusses für die Europäische Integration (UKIE) in das Außenministerium eingegliedert. Im Januar 2009 beschloss die polnische Regierung daher ein Programm mit ersten konkreten Planungen für die Vorbereitung des Vorsitzes.²⁵ Zu den Prioritäten werden sicherlich die östliche Nachbarschaft der EU, aber auch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehören.²⁶ Die jetzige Regierung setzt darauf, dass bei den für Ende 2010 anstehenden polnischen Präsidentschaftswahlen ein Machtwechsel erfolgt und ein europapolitischer Gleichklang zwischen Regierung und Staatsoberhaupt eintritt.²⁷ Trotz einer leichten Erosion der PO und ihres Regierungschefs sowie einer möglichen Verschlechterung der ökonomischen Kennziffern (die Wirtschaftskrise verlief in Polen bisher relativ glimpflich, könnte aber mit Zeitverzögerung durchschlagen) dürfte es dem Kandidaten der PiS jedoch schwer fallen, nochmals gewählt zu werden.

21 Polnisches Finanzministerium: Mapa Drogowa przyjecia euro przez Polske. Material informacyjny, Warszawa, Oktober 2008, www.mf.gov.pl.

22 Tusk: W nowym roku proponuje swiety spokój. Interview mit D. Tusk, Dziennik, 31.12.2008.

23 Polnisches Finanzministerium, Regierungsbeauftragter für die Einführung des Euro durch die Republik Polen, Uwarunkowania realizacji kolejnych etapów Mapy Drogowej Przyjecia Euro przez Polske, Warszawa, April 2009, www.mf.gov.pl.

24 Kryzys lżejszy bez euro, in: Rzeczpospolita, 26.8.2009.

25 Program przygotowa Rzeczypospolitej Polskiej do objęcia i sprawowania przewodnictwa w Radzie Unii Europejskiej, Dokument przyjęty przez Rade Ministrów w dniu 13 stycznia 2009 r., prezydencajue.gov.pl.

26 Informacja Ministra Spraw Zagranicznych dotyczaca polskiej polityki zagranicznej w 2009 roku (Jährliches Exposé des Außenministers), www.msz.gov.pl.

27 Was natürlich vom Ausgang der für 2011 fälligen Parlamentswahlen abhängt. Diese sollen ohnehin vom Herbst auf das Frühjahr vorgezogen werden.